

Wer fromm ist, muss politisch sein

Es ist gut, wenn die Kirche ihre Stimme erhebt, wo Unrecht geschieht

Millionen Menschen, die vor Krieg und Hunger fliehen, Armut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik, zunehmende soziale Kälte – da ist es angebracht, dass die Kirche die Verantwortlichen in der Politik immer wieder an die ethischen Maßstäbe erinnert, die uns die Bibel vorgibt.

Regelmäßig beten wir »... Dein Reich komme. Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden ...« Nein, das, was derzeit auf Erden geschieht, kann nicht Wille Gottes sein. Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Terror, Hunger und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2017 waren 68,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals von der UNHCR verzeichnet wurde.

Es ist nicht Deutschland, das die Hauptlast zu tragen hat – wie uns von interessierter Seite suggeriert wird. Die allermeisten Flüchtlinge (85 Prozent) leben in Entwicklungsländern. Es ist ein Skandal, dass allein in diesem Jahr bereits mehr als 1.500 Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer ertrinken mussten, nur weil die EU sich nicht zu einer gemeinsamen und menschlichen Flüchtlingspolitik durchringen kann.

DIE FLÜCHTLINGSPOLITIK DER EU IST EIN SKANDAL

Im April 1933 schrieb Dietrich Bonhoeffer: »Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde angehören.« Auch deshalb ist »Brot für die Welt«, das Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland, in mehr als 90 Ländern rund um den Globus aktiv. Gemeinsam mit lokalen Partnern hilft es armen und ausgegrenzten Menschen.

DIE URSACHEN DER ARMUT MÜSSEN BEKÄMPFT WERDEN

Den Ärmsten der Armen zu helfen ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer evangelischen Kirche. Als Konsequenz kirchlichen Handelns gegenüber der Gesellschaft fordert Bonhoeffer aber auch, »nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen.« Unsere Kirche muss also eingreifen und sich politisch einmischen. Es reicht nicht, den Armen zu helfen, es müssen auch die Ursachen von Armut bekämpft werden. Dass das nicht immer allen Politikern gefällt, liegt auf der Hand. Ich bin meiner Kirche dankbar dafür, dass sie sich in allen Fragen der Entwicklungshilfe, der Aufnahme von Flüchtlingen und der Rüstungsexporte immer wieder klar und deutlich äußert.

Auch die Zehn Gebote fordern uns zu politischem Handeln auf. Ich will das an zwei Beispielen kurz erläutern. Das dritte Gebot »Du sollst den Feiertag heiligen« hat gerade in Zeiten zunehmender Sonntagsarbeit und Ladenöffnungen auch an Feiertagen ganz konkret etwas mit unserem Wirtschaftsleben zu tun. In Bayern müssen 16 Prozent der Beschäftigten regelmäßig am Wochenende arbeiten, 40 Prozent gelegentlich. Natürlich gibt es Berufe, in denen Arbeit auch am Sonntag unumgänglich ist, aber nicht in diesem Ausmaß. Bayern hat eigentlich ein sehr gutes Feiertagsgesetz, aber in der Praxis wird kaum ein Antrag eines Betriebes auf Sonntagsarbeit abgelehnt. Es gibt auch ein gutes Ladenschlussgesetz, allerdings halten

DIE ZEHN GEBOTE



sich viele Kommunen nicht daran. Deshalb klagen Kirchen und Gewerkschaften immer wieder gemeinsam vor Gericht gegen Ladenöffnung am Sonntag, zuletzt gegen die Städte Augsburg und Ansbach.

Als ich – in der zweiten Klasse muss das gewesen sein – im Religionsunterricht die Zehn Gebote gelernt habe, dachte ich damals, das vierte Gebot: »Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren«, bedeute so viel wie »Ich solle meine Eltern nicht ärgern«. Das wäre ein Gebot, das sich vor allem an die Kinder richtet. Heute sehe ich das anders. Ich glaube, das ist ein Gebot, das sich an uns Erwachsene richtet. Wir sollen die ältere Generation vor Not und Einsamkeit schützen. Dieses Gebot muss Maßstab sein für unser politisches Handeln bei der Gestaltung der Rentenversicherung. Ich bin mir sicher: Dieses Gebot fordert einen ganz neuen Generationenvertrag. Altersarmut darf nicht sein! 2016 war in Bayern jede vierte Frau und jeder fünfte Mann über 65 Jahren von Armut bedroht, neuere Zahlen liegen nicht vor, die Situation dürfte sich aber nicht verbessert haben. Wir alle kennen die Bilder von Rentnerinnen und Rentnern, die Pfandflaschen sammeln und bei den Tafeln anstehen. Das ist würdelos und ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Armut gibt es nicht nur bei älteren Menschen, auch jüngere können oft von ihrem Einkommen aus Arbeit nicht vernünftig leben. In der Bibel gibt es viele Stellen, in denen von der Arbeit die Rede ist. Am bekanntesten ist sicherlich das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20,1–16). Es entblößt unsere scheinbar so klare Vorstellung von Gerechtigkeit. Jesus hat uns ertappt, wenn er sagt: »Siehst du darum so scheel, weil ich so gütig bin?« Wird mit diesem Gleichnis unsere Marktwirtschaft ins Lächerliche gezogen, wenn die, die nur eine Stunde arbeiten, ebenso viel Lohn bekommen wie die, die den ganzen Tag bei brütender Hitze geschuftet haben? Sicher ist: Dieses Gleichnis ist eine Herausforderung, eine Provokation für unser Wirtschaftsleben.

DER ARBEITER IST SEINES LOHNES WERT

Gegenüber den Arbeitern, die den ganzen Tag geschuftet haben, verhält sich der Weinbergbesitzer keineswegs ungerecht. Sie erhalten exakt den vorab versprochenen Lohn, aber sie sind neidisch gegenüber denen, die viel kürzer arbeiten, und dieser Neid lässt sie unsolidarisch werden. Gearbeitet wurde damals vom Sonnenaufgang bis zum Aufgang der Sterne. Zwölf Stunden lang in der brennenden Sonne Palästinas. Und üblich war, dass man für einen solchen Arbeitstag einen Denar verdiente. Martin Luther übersetzt dies mit einem »Silbergroschen«. Aus außerbiblischen Quellen wissen wir, dass ein Denar etwa das war, was eine Familie pro Tag benötigte, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Der Weinbergbesitzer gibt genau das, was auch die später eingestellten Arbeiter und ihre Familien zum Leben brauchen. Er schenkt keinen Luxus, er gibt ihnen, »was recht ist« (Mt 20, 4). Bis heute wird immer noch heftig darum gestritten, ob Beschäftigten ein Lohn zu bezahlen ist, von dem sie auch leben können. Dieser ca. 2.000 Jahre alte Text ist also hochaktuell. Aktueller als das Geschäftsmodell mancher Firmen, deren Geschäftsidee ausschließlich darauf basiert, ein Gehalt zu zahlen, das nie und nimmer zum Leben langt, nicht für einen allein, geschweige denn für eine ganze Familie. »Der Arbeiter ist seines Lohnes wert«, schreibt der Apostel Paulus in seinem ersten Brief an Timotheus (1. Tim 5,18). Deshalb haben sich unser Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, der Bundesverband der Diakonie und die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern so klar und deutlich für den Mindestlohn ausgesprochen.

**EIN LOHN, VON DEM
MAN SEIN LEBEN
BESTREITEN KANN**

*»Das wahre Ziel ist, die Gesellschaft auf
einer Grundlage neu aufzurichten, die die
Armut ausschließt.«*

Oscar Wilde

**IN EINEM REICHEN LAND
DARF ES KEINE
ARMUT GEBEN**

Finanziell noch schlechter geht es Millionen Menschen, die von Hartz IV leben müssen. Hartz IV ist ein Unglück, Essen für 2,55 Euro am Tag, Bildung für 1,06 Euro im Monat. Diese Menschen werden oft als »sozial schwach« bezeichnet. Das ist eine Beleidigung! Jemand, der keine Arbeit hat oder keine, von der er und seine Familie leben können, der ist arm – nicht sozial schwach. Sozial schwach ist ein Staat, der nicht alles tut, um diese Menschen aus der Armut herauszuholen. Diese Armut darf es in einem so reichen Land nicht geben. Auch die Armut nicht, die entsteht, weil viele Menschen – gerade auch hier in Bayern – die explodierenden Mieten nicht mehr bezahlen können. Das Diakonische Werk in Bayern hat immer wieder nachdrücklich auf diese Probleme aufmerksam gemacht. 1,6 Millionen Menschen im Freistaat sind arm oder von Armut bedroht. Daher forderte Präsident Michael Bammessel, dass das Thema Armut eine zentrale Rolle im Landtagswahlkampf einnehmen muss.

Viele Politiker sind wenig erfreut, wenn Kirche sich aus ihrem Glaubensverständnis heraus zu aktuellen politischen Fragen äußert. Ich bin meiner Kirche dankbar dafür, dass sie ihre Stimme deutlich erhebt, wo Unrecht geschieht, wo Schwache unter die Räder kommen. Der christliche Glaube ist so politisch, wie er persönlich ist. Wir glauben an das Jenseits, ohne das Diesseits aus den Augen zu verlieren. »Fromm und politisch« ist kein Widerspruch, im Gegenteil, das gehört untrennbar zusammen.

© ELKB/Rost



*Matthias Jena ist Vorsitzender
des DGB Bayern und Mitglied der
Landessynode der Evangelisch-
Lutherischen Kirche in Bayern*